

Bulgarien

Johanna Deimel

Auch fünf Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Union bleibt Bulgarien wie das Nachbarland Rumänien unter der Aufsicht der EU-Kommission und muss sich zweimal jährlich dem Bericht im Rahmen des Kooperations- und Kontrollmechanismus stellen. Noch immer sind es vor allem die Justiz, deren Funktionsfähigkeit nicht gewährleistet wird, aber vor allem mangelnde Anstrengungen im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität, die von den EU-Prüfern kritisiert werden und damit Bulgarien zu einer Art EU-Mitgliedstaat zweiter Klasse werden lassen. Wenngleich in dem Bericht vom Juli 2012 anerkannt wird, dass Bulgarien einen „maßgeblichen politischen Willen unter Beweis gestellt“ habe, folgt doch zugleich die Bemerkung, dass „viele wichtige Schritte anscheinend nur aufgrund von äußerem Druck unternommen wurden“¹. In der Tat wurden einige größere Fische aus dem Verkehr gezogen: Die „Galevi“-Brüder, Plamen Galev und Angel Hristov, etwa, die zu den prominentesten Kriminellen gehörten und denen auch Verbindungen zum ehemaligen Innenminister Rumen Petkov(BSP) nachgesagt werden, wurden Anfang Mai 2012 zu fünf Jahren Haft verurteilt; Polizisten, spezialisiert auf den Kampf gegen organisierte Kriminalität, setzten am 17. Juli 2012 den GERB-Abgeordneten Dimitar Avramov fest. Ihm wird vorgeworfen, 25.000 Euro in Empfang genommen zu haben, um einen Territorialdisput entsprechend der Auftraggeber zu lösen.

Noch muss sich zeigen, ob sich die Abschreckungswirkung, die durch das neue Gesetz vom Mai 2012 erzielt werden soll, materialisieren wird, wonach Vermögenswerte, die nicht legal erworben wurden, beschlagnahmt werden können. Die EU-Kommission weist schließlich erneut auf die mangelnden Erfolge bei der Aufdeckung von Auftragsmorden hin. Regierung und Opposition schieben sich gegenseitig die Schuld für die Versäumnisse zu, doch befürworten 78% der Bulgaren laut einer Umfrage von Eurobarometer vom Juli 2012 die Beibehaltung des Kontrollmechanismus der EU solange, bis ihr Land einen mit anderen EU-Mitgliedstaaten vergleichbaren Standard erreicht hat.²

Ein weiterer Rückschlag war, dass es Bulgarien 2011 wieder nicht in den Schengenraum schaffte und der Beitritt im Herbst 2012 erneut verhandelt werden soll. Vorwiegend die Niederlande und Finnland stemmten sich gegen die Aufnahme mit dem Argument, dass das Balkanland nicht in der Lage sei, die Außengrenzen der EU gegen internationale Kriminalität und Menschenhandel zu schützen.³ Diese Linie dürfte mehr den innenpolitischen Gegebenheiten in den Niederlanden und in Finnland (Rechtspopulisten legten beispielsweise in Finnland bei den Wahlen im April 2011 deutlich zu), als tatsächlichen Versäumnissen Bulgariens geschuldet sein. Doch selbst mit der Resolution des Europäischen Parla-

1 Europäische Kommission: Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Bulgariens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens, COM (2012) 411, final, Brüssel, 18.7.2012.

2 http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_351_en.pdf.

3 Süddeutsche Zeitung, 23.9.2011.

ments vom Oktober 2011, die die EU-Mitgliedstaaten dringend aufforderte, Bulgarien (und Rumänien) fair zu behandeln und nicht zum Opfer rechtspopulistischer Strömungen in den übrigen Mitgliedsländern werden zu lassen, dürfte es angesichts des EU-Berichts vom Juli 2012 schwer werden, einen Meinungsumschwung herbeizuführen.⁴

Wenigstens kommen die Bulgaren bei 16 EU-Mitgliedstaaten mittlerweile in den Genuss der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Sowohl Italien als auch Island haben seit Januar 2012 ebenfalls ihre Arbeitsmärkte geöffnet, erst ab 2014 aber ist der gesamte Raum der EU für bulgarische Arbeitnehmer offen. Die Einschränkungen müssen allerdings aus einer anderen Perspektive als durchaus positiv gesehen werden, da Bulgarien laut Schätzungen jährlich ca. 80.000 Mitbürger verliert, die im Ausland entweder studieren, arbeiten oder leben wollen.⁵ Gerade die Freizügigkeit gilt für viele Bulgaren als eine Kernnungenschaft der EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Die positive Einstellung der Bevölkerung gegenüber der EU ist in den fünf Jahren nur wenig gesunken und liegt laut Umfragen bei 68% (2007: 75%).⁶

Bulgarien sieht sich als EU-Mitgliedstaat auch als Anwalt der Nachbarstaaten. Die Außenminister Bulgariens, Griechenlands und Rumäniens haben im Oktober 2011 ein gemeinsames Schreiben an den EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle und an den EU-Kommissar für Regionalpolitik Johannes Hahn gerichtet, in dem sie eine EU-Strategie für den Westlichen Balkan fordern. Auch zum Nachbarn Türkei pflegt Bulgarien intensiviertere Beziehungen. Anlässlich des ersten Treffens eines Bulgarisch-Türkischen Kooperationsrats unterzeichnete Ministerpräsident Bojko Borisov (GERB) im März 2012 in Ankara insgesamt 17 Dokumente.

Innenpolitik

Die bulgarisch-türkischen Beziehungen sind vor allem historisch nicht unbelastet. So war es ein großer Schritt in Richtung einer Entspannung der bilateralen Beziehungen, als die Bulgarische Nationalversammlung im Januar 2012 eine Deklaration verabschiedete, in der die in der ersten Hälfte der 1980er Jahren unter dem kommunistischen Regime erfolgte Zwangsassimilierung der in Bulgarien lebenden Türken⁷ verurteilt wurde. Laut aktuellem Zensus von 2011 gehören von den 7,3 Mio. in Bulgarien lebenden Bürgern 8,8% der türkischen Minderheit an und zählen daher zur größten Minoritätengruppe des Landes. Die Roma-Bevölkerung Bulgariens hat einen Anteil von 4,9%. Bulgarien, das seine Minderheitenpolitik lange Zeit gern als modellhaft präsentierte, erlebte im September 2011 einen gefährlichen Ausbruch an gewaltsamen und xenophoben Ausschreitungen, der sich gegen die Roma richtete und den ethnischen Frieden schwer gefährdete. Auslöser war ein tödlicher Verkehrsunfall in dem mehrheitlich von Roma bewohnten Dorf Katunitsa, der unter anderem nationalistische Hooligans landesweit zu massiven Anti-Roma-Protesten auf die Straße trieb und zu 168 Festnahmen führte. Die Proteste richteten sich gegen den als „Zar

4 <http://www.europarl.europa.eu/news/en/pressroom/content/20111012IPR29112/html/Schengen-Bulgaria-and-Romania-should-not-be-made-hostages-to-populism-says-EP>.

5 <http://www.balkaninsight.com/en/article/bulgaria-loses-80-000-non-return-migrants-every-year>.

6 http://setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/features/setimes/articles/2012/03/12/reportage-01.

7 Zum Thema Zwangsassimilierung siehe: Wolfgang Höpken: Zwischen Kulturkonflikt und Repression. Die türkische Minderheit in Bulgarien 1944/1991. In: Valeria Heuberger (Hrsg.): Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945-1990, Wien 1994, S. 179-202.

Kiro“ bekannten Roma-Führer, dem vorgeworfen wurde, er würde mithilfe bestochener Behörden illegale Geschäfte betreiben.⁸

Die Proteste erfolgten unmittelbar vor den Präsidentschafts- und Kommunalwahlen am 23. Oktober 2011. Sie sind auch Früchte der Krise des Parteiensystems in Bulgarien, wonach, wie Daniel Smilov vom Center for Liberal Strategies (Sofia) darlegt,⁹ unter anderem mit der Partei „Ataka“ seit 2005 zunehmend nationalistische und extrem populistische Strömungen das bisherige Parteiensystem zu erodieren begannen. Die Parteienlandschaft zerfalle in kleine Splitterparteien, bei der die bisherigen großen Parteien, die sozialistische BSP und die Mitte-Rechts-Partei (SDS), von populistischen Parteien, wie GERB, in der Wählergunst abgelöst wurden. Wenngleich die türkische Minderheit in der Bewegung für Rechte und Freiheit (DPS) ihre parlamentarische Vertretung finde, ließen sowohl das Parteiensystem als auch die politischen Parteien die Roma völlig außen vor. Neues beredtes Beispiel für die Volatilität der Wählergunst waren die Ergebnisse der Lokalwahlen, wo in Burgas die im Mai 2011 neu gegründete nationalkonservative Partei „Nationale Front für die Rettung Bulgariens“ (NSFB) aus dem Stand 11,64% der Stimmen gewinnen konnte. In 14 der 27 Regionalhauptstädte stellt GERB, in 6 die BSP die Bürgermeister. Erneut kam es bei den Wahlen in Bulgarien zu Unregelmäßigkeiten. Altbekannte Vorwürfe wie Stimmenkauf und eine zum Teil mangelhafte Stimmenauszählung gehören zu den zentralen Kritikpunkten von Transparency International und der OSZE,¹⁰ und veranlassten den dem Europarat angegliederten „Kongress der Lokalen und Regionalen Autoritäten“ sogar zu der Meinung, dass diese belegen würden, „dass die EU-Zugehörigkeit allein für manche Länder eben offenbar doch nicht ausreicht, um einen großen Schritt vorwärts in Sachen Demokratisierung zu tun“¹¹.

Bei den Präsidentschaftswahlen setzte sich der Kandidat von GERB, Rosen Plevnelev, am 30. Oktober 2011 in der Stichwahl mit 52,58% gegenüber dem ehemaligen Außenminister Ivailo Kalfin (BSP) mit 47,4% durch. Beim ersten Durchgang konnte die ehemalige EU-Kommissarin Meglena Kuneva, die als unabhängige Kandidatin ins Rennen ging, mit 14% einen Achtungserfolg erzielen. Bemerkenswert ist, dass Volen Siderov von der radikalen Partei Ataka, der 2006 den BSP-Kandidaten Georgi Parvanov in die Stichwahl gezwungen hatte, von den Wählern am 23. Oktober 2012 mit nur 3,64% der Stimmen abgestraft wurde. 2013 stehen die nächsten Parlamentswahlen in Bulgarien an. Laut einer Meinungsumfrage von Alpha Research vom Juni 2012 müsste sich die regierende GERB nach neuen Koalitionspartnern umsehen, da sie nur noch auf 23,9% käme (2009: 39,7%), die BSP auf 18,4% (2009: 17,7%). Ataka, die Partei, die die Minderheitsregierung Borisov stützt, würde mit 1,5% demnach klar an der Prozenzhürde (2009: 9,6%) scheitern.¹²

Wirtschaft

Für viele gilt Bulgarien als ein Musterland innerhalb der EU, wenn es um Schuldenbelastung und Haushaltspolitik geht. Dabei wird oft außer Acht gelassen, dass diese Stabilität in

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2011, S. 6.

9 <http://www.opendemocracy.net/daniel-smilov/bulgaria%E2%80%99s-tense-week-spark-fire-and-solvent>.

10 Kurzanalyse der Kommunalwahlen der KAS: <http://www.kas.de/bulgarien/de/publications/29272/>; sowie: <http://www.osce.org/odihr/elections/86893>.

11 <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1923759&Site=Congress>.

12 http://alpharesearch.bg/userfiles/file/Factors_report_PRSS.pdf.

wesentlichen Bereichen dem Währungsrat zu verdanken ist, dem Bulgarien seit 1997 unterstellt ist, und der letztlich auch in der Fiskalpolitik eine entsprechende Ausgabendisziplin etwa bei Beamtengehältern und Sozialleistungen einfordert. Der 2012 Index of Economic Freedom der Heritage Foundation reiht Bulgarien mit Platz 61 (von 179 indizierten Staaten) unter den nur mäßig freien Volkswirtschaften der Welt ein. Die offizielle Statistik bescheinigt dem Balkanstaat für den Juni 2011 eine Arbeitslosenrate von 11,4%.¹³ Allerdings wurden, wie die Deutsche Welle berichtet, zwischen 2009 und 2012 fast die Hälfte aller Wirtschaftsleistungen in Bulgarien in der Schattenwirtschaft erbracht. Insbesondere in den Bereichen Bau, Tourismus und Gesundheitswesen wurden bis zu 70 Prozent aller Leistungen am Fiskus vorbei erwirtschaftet.¹⁴

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich das Ziel einer Mitgliedschaft im Euroraum zumindest mittelfristig verflüchtigt. Auch für die bulgarischen Bürger scheint der Euro wenig verlockend. Laut einer Umfrage des Open Society Institute in Sofia lehnen 52% den Eintritt ihres Landes in den Euroraum ab.¹⁵ Eine Erfolgsmeldung war, dass die Ratingagentur Moody's im Juli 2011 die Bonität Bulgariens auf Baa2 (mit stabilem Ausblick) hinaufstufte.¹⁶ Die Krise im Euroraum veranlasste die EU-Kommission jedoch, einen Warnbericht zu erstellen. Dessen erste Ausgabe im Februar 2012 machte Bulgarien vor allem darauf aufmerksam, dass die Lohnstückkosten trotz relativ geringer Löhne im europaweiten Vergleich am meisten gestiegen seien, die Verschuldung des Privatsektors deutlich über dem Grenzwert liege und die Wirtschaft des Landes auf „spill-over“ Effekte gefasst sein müsse.¹⁷ Endlich, nach 13 Jahren Hin und Her, wurde im September 2011 die staatliche Bulgartabak verkauft, die russisch kontrollierte VTB-Bank wird zukünftig 80% der Anteile halten.

Russlands und Bulgariens Beziehungen stehen ansonsten nicht im besten Licht. Denn Bulgarien ist aus zentralen Energieprojekten mit Russland ausgestiegen: Im Dezember 2011 überraschte die bulgarische Regierung mit der Nachricht, sich aus dem Projekt der Ölpipeline Burgas-Alexandroupolis zurückzuziehen. Ende März 2012 beschließt Bulgarien nach fast 33 Jahren der Vorbereitungen das Aus für den Bau des Atomkraftwerks Belene.¹⁸ Binnen kurzem hat sich damit die Regierung Borisov gegen die russischen Interessen gestellt, obwohl Bulgarien vollständig auf Erdgaslieferungen aus Russland angewiesen ist. Dem Plan, in Zukunft Schiefergas zu fördern, hat das Parlament im Januar 2012 zwar durch das Verbot für das sog. Fracking einen Riegel vorgeschoben – aufgegeben aber ist die Option, zukünftig den Erdgasbedarf aus eigenen Quellen zu decken, nicht.¹⁹

13 <http://www.balkaninsight.com/en/article/bulgaria-ranks-second-in-eu-by-growth-in-unemployment>.

14 http://www.dw.de/dw/article/0,,15988719,00.html?maca=de-newsletter_de_suedostfokus-4930-html-newsletter.

15 EuPI Policy Brief, 35, September 2011.

16 Raiffeisen Bank: Finanzplatz Bulgarien; http://www.rbinternational.com/eBusiness/services/resources/media/677012584775275435-677012584775275436_677257634067253003-201118159639388671-1-9-DE.pdf.

17 Report from the Commission: Alert Mechanism Report. Prepared in accordance with Articles 3 and 4 of the Regulation on the Prevention and correction of macro-economic imbalances, COM (2012) 68 final, Brussels 14.2.12.

18 http://www.capital.bg/politika_i_ikonomika/bulgaria/2012/03/28/1796972_bulgaria_se_otkazva_ot_aec_belene/.

19 Neue Zürcher Zeitung, 10.04.12, S.7.